



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Anke Rodewald
Telefon:	02104/99-2157
Fax:	02104/99-5103
E-Mail:	anke.rodewald@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 25.02.2009

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 16.02.2009, 15:04 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Michael Pätzold

Mitglieder

Bärbel Auer

August Franke

Ursula Greve-Tegeler

Doris Grünendahl

Monika Hustädt

Hans-Peter Kaiser

Ursula Klützke

Dr. Uwe Koppe

Andrea Kornak

Klaus Müller

Renate Petschull

Klaus Rohde

Carola Schneider-Rotert

Stephan Schnitzler

(bis 16.35 Uhr)

Hedy Scholz

Manfred Schulte

Anne Sprenger

Bernd Tondorf

(bis 16.35 Uhr)

Verwaltung

Michael Beitelsmann

Sabine Bretschneider

Ulrike Gansauer

Daniela Hitzemann
Birgit Jommersbach
Martin Klemmer
Rainer Krause
Klaus Przybilla
Martin M. Richter
Anke Rodewald
Frank Schäfer
Christian Schölzel
Manfred Vollmer
Daniela Zimmerer

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2008
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus der ARGE ME-aktiv 50/002/2009
5. Aktuelle Entwicklungen zur zukünftigen Organisationsform der ARGE n 50/003/2009
6. Bilanz über das erste Jahr des Versorgungsamtes des Kreises 57/003/2008
7. Finanzierung des "Elternverbandes für Chancengleichheit" durch den Kreis Mettmann 50/006/2009
Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD vom 17.09.2008 für die Sitzung des Sozialausschusses am 17.11.2008
8. Tätigkeitsbericht 50/008/2009
9. Einführung eines Leistungscontrollings 50/007/2009
10. Jungenförderung im Kreis Mettmann 50/004/2009
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion aus November 2008

11. Förderung ambulanter Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankung 50/009/2009
12. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

13. Informationen der Verwaltung
14. Informationen aus der ARGE ME-aktiv
15. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr Pätzold, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2008 - Vorlage Nr.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2008 wird vom Ausschuss genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

C.A.P.E.

Herr Kreisdirektor Richter informiert den Ausschuss über die aktuelle Entwicklung des Projektes C.A.P.E. – Chance Arbeit, Persönlichkeit, Erfahrungen. Der Sachstandsbericht sowie die Projektskizze für die Weiterführung in 2009/2010 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Pflegestützpunkte

Zum Thema Pflegestützpunkte führt Herr Kreisdirektor Richter aus, dass aus Sicht der Verwaltung der Erhalt der bisherigen Beratungsstrukturen weiterhin im Vordergrund steht. Der Wunsch, in allen kreisangehörigen Städten jeweils einen Pflegestützpunkt einzurichten, erscheint nicht erfüllbar. Bislang hat lediglich die AOK Rheinland/Hamburg signalisiert, im Kreis Mettmann einen Pflegestützpunkt einrichten zu wollen. Würde der Kreis Mettmann als Kommune seiner Verpflichtung zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes nachkommen, wären im gesamten Kreisgebiet schlussendlich nur zwei Pflegestützpunkte vorhanden. Der Gründungserlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW (MAGS), welcher die Einrichtung der Pflegestützpunkte in NRW regeln wird, wird für März/April 2009 erwartet.

Zu Punkt 4: Informationen aus der ARGE ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/002/2009

Herr Przybilla nimmt Bezug auf die der Vorlage beigefügte Powerpointpräsentation.

In Ergänzung der in der Vorlage gemachten Ausführungen zur Personalsituation erläutert der Geschäftsführer, dass der ARGE ME-aktiv weitere 6 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für den Bereich Arbeitsvermittlung durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) zugestanden wurden.

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II sollen aktuell zusätzlich 7 weitere Zeitarbeitsverträge abgeschlossen werden. Die Besetzung dieser Stellen wird im April/Mai 2009 erwartet.

Herr Przybilla berichtet ferner, dass die Umzüge der Geschäftsstellen Heiligenhaus und Velbert in neue Geschäftsräume nunmehr abgeschlossen sind.

Er betont ausdrücklich die trotz schlechter Rahmenbedingungen geleistete gute Arbeit der Mitarbeiter, weist jedoch darauf hin, dass aufgrund der schlechten Wirtschaftslage im Laufe des Jahres 2009 mit einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften – insbesondere der sog. Aufstocker, welche hauptsächlich zu Lasten des kommunalen Trägers finanziert werden – zu rechnen ist.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Geschäftsleitung der ARGE ME-aktiv zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Aktuelle Entwicklungen zur zukünftigen Organisationsform der ARGEn - Vorlage Nr. 50/003/2009
--------------------	---

Herr Kreisdirektor Richter berichtet von einem Artikel aus „Spiegel-Online“ vom heutigen Tage. Demnach haben sich Bund und Länder auf die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Reform der Jobcenter geeinigt. In dem am 13.02.2009 zwischen dem Bundesarbeitsminister Scholz, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Ministerpräsident Kurt Beck geführten Gespräch wurde sich darauf verständigt, dass zukünftig die Jobcenter zu Anstalten des öffentlichen Rechts werden. Die hierfür erforderliche Grundgesetzänderung muss bis Ende März/Mitte April initiiert werden, damit das Gesetzgebungsverfahren noch in dieser Legislaturperiode abgeschlossen werden kann.

Der Kreisdirektor unterstreicht nochmals die Wichtigkeit eines einheitlichen Personalkörpers, weist jedoch darauf hin, dass im Hinblick auf die Überführung des kommunalen Personals in die neue Organisationsform – bezogen auf die ARGE ME-aktiv alleine 70 Beschäftigte des Kreises Mettmann – mit Schwierigkeiten zu rechnen ist.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	Bilanz über das erste Jahr des Versorgungsamtes des Kreises - Vorlage Nr. 57/003/2008
--------------------	--

Der Ausschussvorsitzende, Herr Pätzold, bedankt sich im Namen des gesamten Gremiums für die geleistete Arbeit.

Herr Kreisdirektor Richter weist auf die Missverhältnis zwischen den Soll-Zahlen des Landes und den tatsächlichen Eingangszahlen hin und bemängelt, dass noch immer keine konnexe Finanzbeteiligung erfolgt. Nach seiner Auffassung unterstreicht die durch das Versorgungsamt geleistete gute Arbeit die Richtigkeit der Ansiedelung der Aufgabenwahrnehmung bei den Kommunen.

Frau Kornak bittet darum, im Protokoll noch folgende Zahlenwerte nachzuliefern:
Wieviele Anträge wurden mit einem Grad der Behinderung von 0 % abgelehnt?
Wieviele Anträge wurden mit einem Grad der Behinderung zwischen 0 und 50 % beschieden?

Beantwortung zum Protokoll:

Es gibt beim GdB (Grad der Behinderung) nur glatte Zehnergrade, die nicht als Prozent, sondern eben als Grad angegeben werden, d.h. für Erstanträge:

Beeinträchtigung liegt unterhalb eines GdB von 20 = Ablehnung

Feststellung GdB 20-40 = Feststellung einer Behinderung

Feststellung GdB ab 50 = Feststellung einer Schwerbehinderung

2008:

Erstanträge

Ablehnungen inkl. Antragsrücknahmen und sonstige Erledigungen: 11,2%

Feststellung GdB 20-40 = 41,4 %

Änderungsanträge:

Ablehnungen ("keine Änderung") inkl. Antragsrücknahmen und sonstigen Erledigungen = 39,4 %

Feststellung erhöhter GdB, aber weiterhin unterhalb 50 = 8,4%

Feststellung erhöhter GdB, jetzt erstmals ab 50 = 14,2%

Herr Schnitzler macht darauf aufmerksam, dass sich in der Tischvorlage (*nochmals als Anlage 2 beigelegt*) ein Fehler befindet. Die Abweichung im „Landesanteil Kreis ME“ beträgt tatsächlich über 10 %, bei den angegebenen 0,30 % handelt es sich lediglich um die Abweichung in Prozentpunkten.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen

**Zu Punkt 7: Finanzierung des "Elternverbandes für Chancengleichheit" durch den Kreis Mettmann
Gemeinsamer Antrag der CDU und SPD vom 17.09.2008 für die Sitzung des Sozialausschusses am 17.11.2008
- Vorlage Nr. 50/006/2009**

Herr Kreisdirektor Richter berichtet, dass diese Thematik ausführlich in der Sozialdezernentenkonferenz am 12.02.2009 diskutiert worden ist. Bis auf Velbert sind die kreisangehörigen Städte mit Hinweis auf bereits vorliegende Angebote einmütig und eindeutig der Auffassung, dass der Kreis nicht in die Gruppenförderung einsteigen soll.

Vor dem Hintergrund der durch die Verwaltung gelieferten Informationen berichtet Herr Tondorf über die Meinungsbildung der CDU-Fraktion zu dieser Thematik. Die fehlenden Mittel müssen weiterhin auch privat - wie bisher – finanziert werden.

Herr Schnitzler sieht im Hinblick auf die Wichtigkeit der Sprachentwicklung die Notwendigkeit einer Förderung, welche über den bisherigen Zuschuss hinaus geht und bereits vor dem durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) gesetzlich geregelte Sprachförderungsangebot einsetzt. Der Antrag mit Bezug auf den „Elternverband für Chancengleichheit“ stellt lediglich ein Beispiel für die frühe Sprachförderung dar. Über den konkreten Antrag hinaus hält er es für zwingend erforderlich, politisch zu diskutieren, wie der Kreis dazu beitragen kann, gleiche Lebensverhältnisse in den Städten zu realisieren. Hierzu muss auch eine Verständigung mit den Städten erzielt werden. Er sieht es als Aufgabe des Kreises, gleiche Lebensverhältnisse in den kreisangehörigen Städten zu schaffen.

Der Kreisdirektor würdigt den gemeinsamen Antrag der CDU und SPD als gemeinschaftlichen Vorstoß, den Kreis als Instanz zu verpflichten, in den kreisangehörigen Städten vergleichbare Lebensverhältnisse herzustellen. Er verweist auf die bereits zu anderen Bereichen geführten Diskussionen zur Thematik „Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion des Kreises“.

Herr Kreisdirektor Richter weist darauf hin, dass es in Bezug auf die Sprachförderung zu dem „Elternverband für Chancengleichheit“ weitere Alternativen, z.B. in Monheim das Projekt „Monheim für Kinder“ (Mo.Ki) gibt. *Mo.Ki beschreibt eine Präventionskette von der Geburt bis zur Berufsausbildung, die sich u. a. auch an Kinder zwischen 0 und 3 Jahren richtet.*

Der Kreisdirektor unterstreicht die Wichtigkeit der Initiative, sieht die Sprachförderung jedoch zunächst als eine Aufgabe der örtlichen Gemeinden.

Beschluss:

Eine über die bisherige Förderung hinausgehende Finanzierung des Elternverbandes für Chancengleichheit erfolgt nicht. Das heißt, die Spielgruppen des Elternverbandes für Chancengleichheit in den kreisangehörigen Städten werden nicht durch Kreismittel finanziert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

**9 Ja-Stimmen CDU
1 Ja-Stimme FDP
1 Ja-Stimme UWG-ME
1 Nein-Stimme Bündnis 90/Die Grünen
6 Nein-Stimmen SPD**

Zu Punkt 8: Tätigkeitsbericht - Vorlage Nr. 50/008/2009
--

Herr Tondorf dankt für den umfangreichen Überblick über die Tätigkeiten des Kreissozialamtes.

Herr Schnitzler spricht ebenfalls seinen Dank für den intensiven und ausführlichen Bericht aus. Da die SPD-Fraktion hier noch internen Diskussionsbedarf sieht, äußert er die Bitte, den Tätigkeitsbericht nochmals in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses als Tagesordnungspunkt mit aufzunehmen.

Herr Tondorf stellt für die CDU-Fraktion fest, dass lediglich in Einzelbereichen des Tätigkeitsberichts Fragen bestehen.

Herr Kreisdirektor Richter bietet an, ggf. kurzfristig mit den Fraktionssprechern abzustimmen, ob der TOP in der Sozialausschusssitzung am 28.05.2009 oder am 17.09.2009 diskutiert werden soll. Dieses Angebot findet die Zustimmung der Fraktionen.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Einführung eines Leistungscontrollings - Vorlage Nr. 50/007/2009

Frau Jommersbach informiert anhand einer Powerpointpräsentation über die Einführung eines Leistungscontrollings im Sozialamt. Die Powerpointpräsentation ist als *Anlage 3* beigefügt.

Frau Kornak äußert den Wunsch, im Kennzahlenset unter „Gesamtzahlen“ ebenfalls als Bezugsgrößen die Daten von Bund und Land mit aufzunehmen und den Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt neben den Personen auch nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften aufzuschlüsseln. Desweiteren erkundigt sie sich, ob die Auswertung aus bestehenden Verfahren

vorgenommen wird oder hier eine zusätzliche händische, zeitaufwändige Einpflegung erforderlich ist.

Der Kreisdirektor weist darauf hin, dass die Zahlen von Bund und Land lediglich mit einem Zeitversatz von ca. 2 Jahren zur Verfügung gestellt werden. Er dankt für die Sensibilität in Bezug auf den Arbeitsaufwand bei der Erhebung von generierten Daten, betont aber die Wichtigkeit der Ermittlung von Steuerungsmöglichkeiten.

Frau Jommersbach erläutert, dass die Daten aus dem operativen Finanzcontrolling sowie aus dem AKDn-Programme entnommen werden.

Herr Schnitzler begrüßt die durch das Leistungscontrolling mögliche Vergleichbarkeit auch der kreisangehörigen Städte. Er weist auf die Außenwirkung des Berichtswesens insbesondere vor dem Hintergrund der strategischen Zielsetzung und der hier noch ausstehenden grundsätzliche Abstimmung im Kreistag hin.

Herr Müller betont, dass die FDP die Einführung des Leistungscontrollings ausdrücklich befürwortet und erkundigt sich nach der Zeitschiene der Einführung.

Herr Kreisdirektor Richter berichtet, dass bereits im 2. Quartal 2009 eine Verdichtung der Angaben der kreisangehörigen Städte vorgesehen ist. Die Angaben sollen sukzessive im Laufe des Jahres 2009 vervollständigt werden.

Der Kreisdirektor sagt zu, über die Entwicklungen im Sozialausschuss weiter zu berichten.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10: Jungenförderung im Kreis Mettmann
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion aus November 2008
- Vorlage Nr. 50/004/2009

Herr Tondorf erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und betont die Bedeutung der Thematik.

Auch Herr Schnitzler sieht die Wichtigkeit, weist aber darauf hin, dass es sich hier um eine Querschnittsaufgabe handelt, die nicht nur den Sozialausschuss, sondern auch die Bereiche anderer Ausschüsse, insbesondere den Schulausschuss sowie den Ausschuss für Behinderten- und Gesundheitsfragen, tangiert, so dass diese mit einbezogen werden müssten.

Herr Kreisdirektor Richter hat diese Fragestellung ebenfalls in der Sozialdezernentenkonferenz am 12.02.2009 thematisiert. Er berichtet, dass die Sozialdezernenten der kreisangehörigen Städte, die bis auf zwei Ausnahmen gleichzeitig auch für den Jugendhilfebereich zuständig sind, die Verantwortlichkeit für die Jungenförderung einzig bei den kreisangehörigen Städten sehen. Von daher ist beabsichtigt, die Dezernenten der kreisangehörigen Städte mit einzubinden.

Der Kreisdirektor regt eine querschnittliche Erhebung an: Was wird angeboten? Was gibt es für Initiativen? Was ist für den Kreis Mettmann erforderlich?

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, was es an Jungenförderung im Kreis Mettmann bisher gibt und ob Erweiterungen sinnvoll und nötig sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 11: Förderung ambulanter Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenzerkrankung - Vorlage Nr. 50/009/2009

Herr Kreisdirektor Richter präsentiert den Mustervertrag als ein wichtiges Ergebnis des Projektes „ALTERnativen 60plus – zufrieden älter werden im Kreis Mettmann“. Er informiert darüber, dass am 17.02.2009 der Vertrag abgeschlossen wird und betont, dass diese Möglichkeiten auch von anderen Anbietern in Anspruch genommen werden können.

Herr Kaiser äußert seinen Dank. Seines Erachtens ist dieser Vertrag ein erster Anfang. Er hält jedoch die Entwicklung weiterer Wohnformen für erforderlich. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach der Höhe der monatlichen Betreuungspauschale. Da es sich hierbei um eine datenschutzrelevante Vertragsangelegenheit handelt, wird diese Frage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP 13 beantwortet.

Herr Krause informiert darüber, dass mit der Diakonie im Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann gGmbH bereits ein weiterer potentieller Träger einer Wohngemeinschaft gefunden wurde.

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 12: Nachträge

Es liegen keine Nachträge vor.

Nicht öffentlicher Teil

...

Ende der Sitzung: 16:37 Uhr

gez.
Michael Pätzold

gez.
Anke Rodewald